

Prof. Rolf Wernstedt
Niedersächsischer Kultusminister 1990- 1998
Präsident des Niedersächsischen Landtages 1998- 2003

Gedanken

zur politischen, organisatorischen und geistigen Bewältigung der Flüchtlingsfrage

Vortrag auf der Festveranstaltung der Stiftung Marienwerder auf dem 13. Stiftungstag am
Sonntag, dem 25. Oktober 2015 in der Klosterkirche Hannover- Marienwerder

Es gibt Fragen, die sind so komplex und undurchsichtig, dass es intellektuell unredlich wäre, das zu leugnen.

Ich kann deswegen zur Flüchtlingsfrage nur einige Beobachtungen, Informationen und vorläufige Bewertungen formulieren.

Da die Materie so vielschichtig, „überkomplex“ würden die Politologen sagen, ist, kann ich eher assoziativ als durchgängig schlüssig argumentieren.

Gliederung:

- 1. Historisches**
- 2. Ethisches (Menschenbild, Gerechtigkeit, Mitleid/Empathie,)**
- 3. Politisches (Staatsverständnis, Europa, ethische Verfassungsnormen)**
- 4. Zivilgesellschaftliches (Privates Engagement, Kirchen, Institutionen, Katastrophenschutzstruktur wie Feuerwehr, Rotes Kreuz, THW, usfd.)**
- 5. Rechtliches**
- 6. Kulturelles**
- 7. Neue Medien**
- 8. Religiöses**
- 9. Organisatorisches**
- 10. Ängste und Vorbehalte**
- 11. Strukturell übergeordnete Erfordernisse**
- 12. Aktuelle Empfehlungen**

Schlussbemerkung

I. Historisches

Die bekannte und konstruierte Weltgeschichte ist eine Geschichte der Migration. Nicht nur die Ausbreitung des Menschen aus der afrikanischen Wiege war eine Wanderung. Von der Völkerwanderung will ich gar nicht reden. Dass wir vom Irak bis Marokko heute arabisch als Grundsprache haben, ist das Ergebnis einer Eroberungs- und Wanderbewegung. Die USA, Kanada, Neuseeland, viele afrikanische Länder und sogar asiatische Regionen sind Länder, die ohne Wanderung in ihrer heutigen Gestalt gar nicht existierten, ganz abgesehen davon, dass die weiße Landnahme bis Südamerika hin nur unter entsetzlichen völkermörderischen Gewalttaten vollzogen worden ist. Von etwa 1820 bis 1914 sind allein mehr als 60 Millionen Europäer ausgewandert.

Auch die Deutschen kennen das: Friedliche Auswanderung nach Russland, religiös motivierte Vertreibungen der Hugenotten aus Frankreich in verschiedene deutsche

Regionen, Vertreibung der Salzburger Protestanten unter dem Signum des cuius regio, eius religio.

Politisch motivierte Auswanderung nach der französischen Revolution, nach der Revolution von 1848 (Schurz u. a.) nach Amerika.

Wirtschaftlich motivierte Auswanderung im Zuge der Industrialisierung, als mit der wachsenden Bevölkerung (Medizin), nicht mehr genügend Arbeitsplätze angeboten wurde (Soziale Frage des 19. Jahrhunderts).

Deutschland hatte im 20. Jahrhundert, und damit kommen wir in die Zeit noch lebender Erinnerung bis in die Gegenwart, 6mal eine Millionenwanderung zu verzeichnen

- 1. Von 1939 bis 1945 haben in Deutschland mehr als 10 Millionen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen dafür sorgen müssen, dass die deutsche Wirtschaft bei der Rekrutierung von bis zu 15 Millionen deutschen Männern für den Krieg überhaupt aufrecht erhalten werden konnte. Über die teilweise grausigen Zustände in den Arbeitsstätten und Aufenthaltsorten ist viel geschrieben worden (in Marienwerder VARTA). Auf dem Lande sah es häufig differenzierter aus. Dort sprach man gern von Fremdarbeitern statt Zwangsarbeitern. Sozialpsychologisch scheint mir interessant, dass die deutsche Bevölkerung kein moralisches Problem damit hatte, dass hier Zwangsarbeit existierte und die Betroffenen, sofern sie nicht umgekommen waren, unmittelbar nach dem Krieg wieder in ihre Heimatländer zurückkehrten.**
- 2. Von 1944 bis Mitte der 50er Jahre flüchteten vor der Roten Armee oder wurden vertrieben mehr als 12 Millionen Deutsche aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien sowie aus vielen deutsch besiedelten Gebieten anderer Länder. Ihre Aufnahme in den Besatzungszonen und später der Bundesrepublik (und DDR, dort Umsiedler genannt) war keineswegs freundlich, auch wenn sie dieselbe Sprache sprachen, dieselbe Religion hatten, dieselbe Kultur repräsentierten und dieselbe Geschichte und Verantwortung hatten. Nach dem personellen Aderlass durch den Krieg (5 Millionen Soldaten, 1 Million Bombenopfer, etwa 2 Millionen Vertriebene) ist der wirtschaftliche Aufstieg der Bundesrepublik Deutschland ohne diese ständig um ihre Existenz und Anerkennung ringenden Flüchtlinge und Vertriebenen gar nicht erklärbar. Die Vertriebenen lebten teilweise länger als 10 Jahre in Behelfslagern, bevor sie eine eigene Wohnung oder ein Haus beziehen konnten. Sehr lange wirkten auch die Zwangseinweisungen in Wohnungen, da die Wohnraumkapazitäten durch Kriegseinwirkungen vernichtet waren oder nicht ausreichend ausgelastet erschienen.**
- 3. Von 1949 bis 1961 sind etwa 2 Millionen Deutsche aus der DDR in die Bundesrepublik geflüchtet, weil sie den politischen Druck nicht aushalten wollten oder sich wirtschaftlich eine andere Existenz erhofften. Es gab Wochen, in denen sich in Westberlin täglich mehr als 3000 Flüchtlinge meldeten. Auch sie, die häufig gut ausgebildet kamen, haben ihren Anteil am sog. Wirtschaftswunder. Im Übrigen verzögerten sie die Reform des Bildungswesens in der Bundesrepublik um etwa 10 Jahre dadurch, dass man gut Ausgebildete schnell in den Arbeitsmarkt integrieren konnte.**
- 4. Seit den 60er Jahren kamen etwa 10 Millionen Gastarbeiter aus den südeuropäischen Ländern, Jugoslawien und vor allem aus der Türkei, von denen etwa 2 Millionen hier blieben. Heute lebe vorwiegend in West-Deutschland etwa 4 Millionen Menschen mit unmittelbarem oder in der ersten Generation befindlichen Menschen.**

Wegen der unentschlossenen Betroffenen (Sie wollten in großer Zahl nach ihrer Arbeit wieder in ihre Heimatländer) und der mangelnden politischen Klarheit der Bundespolitik, was denn die dauernde Anwesenheit von Gastarbeitern für die substantielle Integration erfordert, leiden wir bis heute an diffusen und teilweise absurden Auffassungen darüber, ob wir ein Einwanderungsland seien oder nicht. Jedenfalls ist bei den hier ständig Gebliebenen die Integration nicht bei allen geglückt. Bei manchen sogar in der zweiten und dritten Generation nicht einmal angestrebt.

Vor allem die gläubigen Muslime und viele aus der Türkei im Wege der Familienzusammenführung zeigten sich zurückhaltend. Sie nicht ausreichend um sie gekümmert zu haben, müssen sich alle politischen Parteien vorwerfen lassen. (Beispiele aus der eigenen Ministerzeit)

- 5. Mit dem Beginn der Gorbatschow- Reformen und nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Welt und der Einheit Deutschlands kamen aus den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion und den Ländern Ost- Mitteleuropas nach 1988 mehr als 3 Millionen Spätaussiedler, die kontingentiert, nicht chaotisch in die Bundesrepublik einreisten, als Deutsche anerkannt wurden und arbeitsmäßig und im Bildungssystem schnell Fuß fassten. Ihre kulturelle und sprachliche Integration dauert noch an, zumal manche Familien mit Vorstellungen eines altertümlichen Deutschland kamen und Schwierigkeiten mit dem Lebensstil haben.**

Dass wir die große Zahl relativ emotionsfrei und ohne Aggression in den Integrationsprozess haben bringen können, liegt auch daran, dass ihre Zahl begrenzt und damit organisatorisch beherrschbar schien.

- 6. Eine kleinere, aber zur heutigen Situation strukturell vergleichbar waren die Flüchtlingsströme aus dem auseinanderbrechenden und in Bürgerkriege fallenden Jugoslawien bis zum Friedensvertrag von Dayton 1995. Dazu kamen Flüchtlinge aus einigen muslimischen Ländern sowie ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter aus DDR- Zeiten.. Mit ihnen sind allerdings auch einige der schlimmsten fremdenfeindlichen Ausschreitungen verbunden wie in Solingen, Mölln, Hoyerswerda, Rostock.**

Wir stehen seit nunmehr knapp zwei Jahren inmitten einer neuen Wanderungsbewegung, deren Ursachen vielfältig und absehbar waren und in ganz Europa zur Verunsicherung und teilweise Ratlosigkeit führt.

Die regellose und nicht steuerbare Fluchtbewegung aus dem Nahen Osten, aus Afrika und aus Pakistan/Afghanistan sowie aus dem nicht zur EU gehörenden Ländern des ehemaligen Jugoslawien und Albanien hat eine noch komplexeres Ursachengeflecht und Struktur als alle bisherigen Fluchtbewegungen.

II. Ethisches

Wir sind gefordert, unsere ethischen Überzeugungen neu zu reflektieren oder überhaupt erst wieder bewusst zu machen.

Angesichts unvorstellbaren Elends auf den Fluchtstrecken, untergegangener Fluchtboote, traumatisierter Frauen, Kinder und Männer, jetzt aufkommender Kälte und konkret angebbarer Verzweiflung wird unsere ganze Empathie und unser Mitgefühl aufgerufen.

Christlich denkende und fühlende Menschen berufen sich auf das Erfordernis der Barmherzigkeit. Die Bibel kennt mehrere Aufforderungen, den Fremden, den Flüchtling, den Hilfsbedürftigen zu helfen. Die biblische Jahreslosung für 2015 heißt in diesem Jahr : „Nehmt einander an, wie Christus euch angenommen hat zu Gottes Lob“ . (Römer 15,7)

Aber auch der normal ethisch Empfindende drückt Mitgefühl aus und urteilt eindeutig.

Die Fremden zu unterstützen trifft auf unser Gerechtigkeitsgefühl und die Bereitschaft zu helfen. Dies ist ehrenhaft. Denn es findet die Unterstützung im Grundgesetz, das die Unverletzlichkeit der Würde eines jeden Menschen (nicht nur eines Deutschen) verlangt.

Beim zweiten Hinsehen sehen wir, dass bei den bestehenden Ungerechtigkeiten in unserer bisherigen Gesellschaft die zusätzliche Barmherzigkeit kollidieren kann mit anderen Hilfsbedürftigen. Das Gerechtigkeitsgefühl impliziert immer auch die Frage nach der fairen gleichen Aufmerksamkeit und Achtsamkeit für alle.

Konflikte sind vorprogrammiert, zunächst grummelnd, schließlich aggressiv.

Es ist gerecht, den hilfeschuchenden Flüchtlingen zu helfen. Es ist genauso gerecht, diese nicht zu Lasten anderer Hilfsbedürftiger zu gewähren.

Wir befinden uns in einer dilemmatischen Situation. Dies hätte bereits seit Langem thematisiert und kommuniziert werden müssen, um eine Eskalation zu verhindern. Sie ist der Grund für wildeste Spekulationen und Verdächtigungen bis hin zu rechtsradikalen Vokabeln.

Das macht es nicht überflüssig, darüber nachzudenken, ob unter den Flüchtlingen nicht auch ungerechtfertigte Bewerber sind. Die Debatte um die sog. sicheren Herkunfts- oder Drittländer gehört hierher.

Hinter dieser Frage steht das Verständnis unseres Menschenbildes. Niemand kann davon ausgehen, dass es nur gute Charaktere gibt, sondern die Ambivalenz menschlicher Existenz in jedem steckt. Deswegen muss man eine Sprache finden, die es möglich macht, den existentiell Bedrohten mit Respekt und Hilfsbedürftigkeit entgegenzukommen, aber denen, die offensichtlich zu Lasten dieser Menschen ihre Geschäfte machen wollen (Schleuser, Kriminelle, verantwortungslose politische Reden, Ausnutzung unserer Rechtslage (Ghanaische Frauen)) entschieden entgegenzutreten. Mit einem nur positiven oder negativen Menschenbild zu hantieren ist naiv und versperrt den rationalen Zugang zu rational und vermittelbar zu lösenden Problemen.

Auch die Frage nach der gerechten Verteilung innerhalb einer Kommune oder eines Landkreises gehört hierher. Es gibt keine pauschalen Antworten. Der Gestus aller bisherigen Politik, man habe alles im Griff, ist offensichtlich gescheitert. Es geht nicht nur um Entscheidungen, sondern um Überzeugungen und Akzeptanz. Und ohne begriffliches Rüstzeug wirkt politische Rede kraftlos und steril. Sie höhlt sich selber aus, wenn sie den Umfang des Problems in materieller und zeitlicher Hinsicht nicht thematisiert.

III. Politisches (Staatsverständnis, Europa, ethische Verfassungsnormen)

Wir sind seit 1990 erstmals in Europa wieder vor die Frage gestellt, was unser Staatsverständnis eigentlich ausmacht.

Das aus Jahrhunderten entstandene Europa der Nationalstaaten hatte im 20. Jahrhundert die repräsentativen Demokratien, in der Weltkriegszwischenzeit auch faschistische und bis 1990/1 „realsozialistische“ Staaten mit diktatorischem und totalitärem Charakter hervorgebracht.

Es ist uns immer selbstverständlich gewesen, dass die Völker in freier Selbstbestimmung über ihre politische Struktur entscheiden sollten, dies in definierten und anerkannten Grenzen, mit definierter Staatsbürgerschaft und eigenen Staatsverfassungen und Gesetzgebung.

Eine der tragenden zivilisatorischen Leistungen des Rechtsstaates ist, dass das Gewaltmonopol beim Staat liegt und jeder vor Unrecht und Willkür geschützt werden soll. In diesem Sinne wird dem Staat vertraut, dass er die Sicherheit aller garantiert und nachvollziehbare Ordnungsstrukturen verankert.

Das gilt in Deutschland hinsichtlich der staatlichen Ordnung (Bund , Länder und Gemeinden mit ihren jeweiligen Behörden und Institutionen. Das gilt auch für die in diesem Rahmen agierenden zivilgesellschaftlichen Verbünde (Kirchen, Gewerkschaften, Freie Wohlfahrtsverbände u. a.)

Mit dem zusammenwachsenden Europa und seinen Institutionen sowie der Menschenrechtscharta sind einige dieser Grundprinzipien auf ihre Berechtigung zu verifizieren. Das Recht auf Asyl bei nachgewiesener politischer Verfolgung ist gerade für die Deutschen nach den Erfahrungen des Nationalsozialismus ein unaufgebbares zivilisatorisches Ergebnis.

Wir haben es als befreiend empfunden, dass die Grenzen durchlässig wurden, die Reisefreiheit garantiert war und innerhalb der EU Niederlassungsfreiheit besteht. Deutschland hat davon am Meisten profitiert, wirtschaftlich und geistig.

Mit dem Auftauchen von Hunderttausenden, vielleicht von Millionen Menschen aus Krisengebieten an unseren Grenzen, für deren krisenhafte politische Entwicklung sich die europäischen Länder und Deutschland (noch) nicht verantwortlich fühlen, werden fast alle diese Prinzipien berührt: Für wen gilt das Asylrecht? Ist wirtschaftliche Not ein Asylgrund? Wenn nein, wie will man der erkennbaren Not abhelfen? Sind die Grenzen so gestaltet, dass sie nicht massenhaft ignoriert werden können? Wie stehen wir zu der sich verschärfenden Praxis der Abschiebung, die seit gestern gilt? Was ist eigentlich zumutbar für ein Land und eine Bevölkerung? Wovon ist Zumutbarkeit eigentlich abhängig? (Information, Gewöhnung, Einsicht, Veränderung von Perspektiven usw.)

Wer bestimmt über Grenzen? Darf man in Deutschland nach 40 Jahren Grenze und Mauer überhaupt an Mauern denken? (FOCUS 17. 10.2015)

Könnte man Mauern eigentlich ohne Schießbefehl wirksam schließen?

Wieviel Souveränität und Selbstbestimmung muss in dieser Frage relativiert werden? (Verteilungsquote auf die Länder, Polen stimmt heute auch darüber ab, Heute versucht die EU in Brüssel wieder einmal auf einer Staatsebene zu Regeln zu kommen)

In der Flüchtlingsfrage steht unser Grundvertrauen in die Leistungserwartung staatlicher Institutionen zur Debatte. Da sich in den letzten Monaten der Eindruck von Hilflosigkeit der politisch Verantwortlichen breit gemacht hat, gibt es einen Resonanzboden für nationalistisch- völkische Bewegungen und autoritäre Sentiments nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa.

Auch in europäischen demokratischen Gesellschaften muss man lernen, dass es unvorhersehbare Entwicklungen geben kann, auf die man mit politischen Entscheidungen nur begrenzt endgültig reagieren kann. Unsere lieb gewordene Vorstellung, dass man alles vorhersehen und planen kann (Haushaltspläne z. B. sind der feststehende finanziell unterfütterte Handlungsplan für eine kalkulierbare Zeit).

Dies ist in dieser Frage nicht mehr gewährleistet. Wenn das so ist, müssen wir lernen, die Unwägbarkeit bewusster im Auge zu haben und nicht in Panik oder unmenschliche Reaktionen verfallen. Das setzt Ehrlichkeit und Klarheit voraus, ein Erfordernis, das bei der taktischen Sprache unserer Politik häufig vernachlässigt wird, nicht aus moralischer Niedertracht, sondern aus taktischem Kalkül und Angst, und manchmal auch aus Unerfahrenheit im Umgang mit unvorhergesehenen und bisher als unvorstellbar geltenden Situationen.

IV. Zivilgesellschaftliches

Schneller und unmittelbarer haben große Teile der Gesellschaft konkrete Notlagen realisiert. Ohne das zivilgesellschaftliche Engagement sähe Vieles viel schlimmer aus. Die Strukturen des deutschen professionellen, halbprofessionellen und ehrenamtlichen Katastrophenwesens (D. h. Feuerwehren, THW, DRK, Malteser, Johanniter, ASB, Vereine, Organisationen, zuletzt auch Bundeswehr, Polizei) haben eine effektive Hilfestruktur aufgebaut. Diese existiert unterhalb oder subsidiär zu den staatlichen Personalkörpern der Verwaltungen, der Polizei und der Bundeswehr. Feste zivilgesellschaftliche Strukturen wie Kirchen, Vereine, Institutionen sind schnell zu Hilfen bereit. Allerdings ist diese für zeitlich begrenzte Aktionen ausgelegt wie bei Naturkatastrophen, aber nicht auf Dauer. Dies überfordert wirklich physisch, psychisch und die Arbeitgeber auch finanziell. Dennoch muss man sagen, dass der ehrenamtliche Unterbau der Gesellschaft stabil ist und eine aner kennenswerte Seite der gesellschaftlichen und ethischen Entwicklung Deutschlands zeigt. Hierzu gehören auch die in Ballungsgebieten bestehenden Integrationsräte, freiwilligen Hilfsangebote zu karitativer oder sprachlicher, medizinischer oder begleitender Tätigkeit.

V. Rechtliches

Dreh- und Angelpunkt aller Diskussionen bleibt die Frage nach legalen Einwanderungsmöglichkeiten.

Das Asylrecht hat eine zentrale Funktion. Alle demokratischen Parteien verteidigen den Kern dieses Rechts. Allerdings verbreiten viele Unklarheiten auch Unsicherheiten: Es gibt unscharfe Grenzen, was politische Verfolgung ist. Gehört der afghanische Dolmetscher dazu, der der Bundeswehr geholfen hat und der um sich und seine Familie fürchten muss? Gehört dazu ein Arzt, der in einem Krankenhaus auch Leute behandelt hat, die politisch bekämpft werden? Hat ein Asylberechtigter ein Anrecht darauf, seine oft ganz große Familie nachkommen zu lassen? Wie hoch ist das Recht auf Familienzusammenführung einzuschätzen? Wie geht man mit allein reisenden Flüchtlingen um, die unter Aufbietung aller finanziellen Mittel ihrer Familien oder Dorfgemeinschaften aus dem Elend entkommen wollen? Wie gewaltförmig sollen die Abschiebungen sein dürfen? Kann man weiter so großzügig mit dem eigentlich außerhalb der Rechtsnormen stehenden Kirchenasyl umgehen?

VI. Kulturelles

Im Gegensatz zu den Flüchtlingsströmen der Nachkriegszeit und der Spätaussiedler haben wir es heute mit den Flüchtlingen aus Syrien, dem Irak, Afghanistan oder anderen muslimischen Ländern mit kulturell viel fremderen Menschen zu tun. Ihre

unmittelbare existentielle Not, die uns zu Hilfsbereitschaft veranlasst, berührt natürlich deren Selbstverständnis nicht.

Wer aus Ländern der Verfolgung kommt, kann mit unseren Grundrechtsanforderungen häufig nichts anfangen. Problematisch werden manchmal die deutschen Rechte der Gleichberechtigung von Mann und Frau, des Misshandlungsverbots von Kindern, der Rolle der Religion als Privatsache, der Ehrvorstellungen, der Chancengleichheit für alle u. a. empfunden. Aber auch tägliche Lebensselbstverständlichkeiten können problematisch werden, ohne dass man Schlechtes dabei denken müsste: Kleidungsgewohnheiten, Essgewohnheiten.

All diese Alltäglichkeiten sollte man nicht skandalisieren, sondern auf Klarheit pochen. Es ist ein guter Vorschlag, manche Dinge einfach sehr früh in den Aufnahmeeinrichtungen den Flüchtlingen auszuhändigen, um ihnen deutlich zu machen, worauf man Rücksicht nehmen muss oder was man nicht tolerieren kann. So ist es hilfreich, darauf hinzuweisen, dass man in Deutschland stundenlang im Zug sitzen kann, ohne mit den Mitreisenden zu reden und dass dies nicht unhöflich ist. Oder ein freundlicher Blick bei einem Gruß ist in Deutschland kein Flirtversuch, wie es häufig alleinreisende Männer aus Afrika oder muslimischen Ländern verstehen.

Genauso ist unmissverständlich darauf zu pochen, dass diskriminierende Haltungen und Äußerungen gegenüber Frauen nicht toleriert werden (Verweigerung der Essensannahme von Frauen, weil diese unrein seien). Frauen beim Gruß nicht die Hand zu geben, weil diese unrein seien, gilt in Deutschland als grobe Unhöflichkeit. Die Frage, was Toleranz gegenüber kultureller Vielfalt und was Integration und was Anpassung ist oder sein muss, muss immer neu ausgehandelt werden.

Die Werte des Grundgesetzes sind nicht diskutabel, aber Gewohnheiten und Lebensformen unterliegen einem Wandel. Es ist zu bezweifeln, dass in dieser Hinsicht genügend Kenntnis bei großen Teilen der deutschen Bevölkerung vorhanden ist, es ist aber auch deutlich zu machen, dass die Werte des Grundgesetzes für die Ordnung der Bundesrepublik Vorrang vor Bibel oder Koran haben.

VII. Neue Medien

Rupert Neudeck hat darauf hingewiesen, dass die Neuen Medien als Fluchtbeschleuniger dienen. Fast alle Flüchtlinge haben Smartphones, mit denen sie Kontakt zu ihren Verwandten oder anderen Personen halten. Sie sind aber auch zugleich das Vehikel, unmittelbar Informationen aus den Zielländern zu erhalten. Wenn, wie durch die unklare Sprache der Eindruck entsteht, dass man in Deutschland wahllos willkommen sei und alles Mögliche zur Verfügung gestellt bekommt, verbreitet sich dies wie ein Lauffeuer unter bedrängten Menschen und verstärkt noch einmal die Fluchtbereitschaft.

Man muss allerdings sagen, dass heute nicht nur unmittelbar Bedrängte kommen, sondern viele durch eine unspezifische Rede von Willkommen und Arbeitsmöglichkeiten die Lager in der Türkei oder dem Libanon verlassen und sich auf den Weg machen. Das Gleiche gilt für die Armutsflüchtlinge aus dem Balkan. Durch die mangelnde finanzielle Unterstützung der Lager durch die UN (und die Länder, auf die sie angewiesen sind) und die dadurch vergrößerte Not wird dieser Prozess zusätzlich beschleunigt.

VIII. Religiöses

Seit den 90er Jahren diskutieren wir verstärkt über die Bedeutung und Funktion von Religion im politischen Raum. Ausgelöst ist diese Frage auch dadurch, dass durch das Scheitern sozialistischer und quasisozialistischer Staaten (Irak, Syrien, Ägypten, Libyen) islamische Gesellschaften bei vielen der Islam als eigentliche Quelle von Zuversicht und Frieden erschien. Durch die enorme Wirkung globalisierter Märkte mit dem säkularen kapitalistischen Gestus erschienen westliche Werte wie Demokratie und Menschenrechte als unglaublich und die Identität muslimischer Menschen bedroht. Die USA wurden als Vormacht das Haupt- Aggressionsobjekt. Der 11. 9. 2001 war der signifikante Ausdruck dafür. Diese Entwicklung ist noch in vollem Gange.

Als sich in den langen desaströsen Folgen des 2. Irak- Krieges 2014 der IS- Staat mit seinem weltweiten kalifatischen Anspruch auf Beherrschung der gesamten sunnitischen Welt proklamierte und mit bisher nicht vorstellbarer völkermörderischer Wucht und fundamentalistischer archaischer Koran- Auslegung agierte, stellte sich im Westen, auch in Deutschland, eine erhöhte angstbesetzte Sicht gegenüber dem Islam ein.

Dadurch, dass auch in Deutschland die islamischen Verbände nicht glaubhaft machen konnten, dass die gewaltmäßige und unbarmherzig unhistorische Auslegung des Korans unislamisch ist, konnte sich eine breite Ablehnungswelle gegenüber dem Islam ausbreiten. Die Beteiligung deutscher Konvertiten und hier aufgewachsener Muslime der 3. Generation am IS- Terror und Anschlägen scheinen täglich diesem Gefühl Bestätigung zu geben. Das Auftreten der Salafisten, die kulturbarbarischen Zerstörungen in Palmyra oder Mossul, die Versklavung von Frauen unter Berufung auf den Koran haben in Deutschland dazu geführt, dass der Islam fast nur noch in seiner gewaltförmigen Gestalt und damit als Gefahr wahrgenommen wird. Nur deswegen ist es möglich, dass ausgerechnet in Regionen, in denen der Anteil kirchlich christlich gebundener Menschen unter 20 % liegt, eine Bewegung gegen die „Islamisierung des Abendlandes“ entstehen konnte.

Die Einwanderung und mögliche Asylgewährung oder Duldung einer großen Zahl von Muslimen im Zuge der gegenwärtigen Krise muss diesen Aspekt berücksichtigen. Hier ist auch unter der deutschen Bevölkerung viel mehr Aufklärung vonnöten und den hier agierenden Islamverbänden mehr abzufordern. Toleranz ist nicht kenntnislose Duldung des Fremden, sondern Anerkennung des Anders im Bewusstsein dessen, was für mich selbst unverhandelbar und was nicht zu tolerieren ist.

IX. Organisatorisches

Es ist erstaunlich, wie unkoordiniert und dilettantisch die absehbare steigenden Flüchtlingszahlen organisatorisch behandelt werden. Seit Monaten erleben wir ein unwürdiges Gefeilsche zwischen Bund, Ländern und Kommunen über finanzielle und personelle Maßnahmen und Zuständigkeiten. Der Eindruck der Hilflosigkeit macht sich breit.

Mir hat gestern der stellvertretende Kommandeur des Landeskommandos erzählt, dass er häufig spät abends die Mitteilung erhält, dass gerade ein Zug mit 700 oder 800 Menschen von der bayerischen Grenze in Marsch gesetzt wurde, die in 6 oder 7 Stunden in Niedersachsen eintreffen würden. Es muss innerhalb weniger Stunden entschieden und vorbereitet werden, wohin sie zur Registrierung gebracht werden

sollen. Unterwegs verschwinden etwa 10 %, die sich auf eigene Faust einen Weg suchen, unregistriert und unkontrolliert. Das sind natürlich unhaltbare Zustände. Wir können feststellen, dass sich auch die Länder- und Kommunen aufopferungsvoll um tragbare Lösungen bemühen, obwohl sich die Situation seit einem Jahr dramatisch zuspitzt und manche Unzulänglichkeiten zu Tage gefördert wurden. Sie haben in der letzten Woche erlebt, dass sehr schnell in einem leerstehenden Industrie- Hallen- Komplex in Garbsen ein neues Durchgangslager für mehrere Tausend Flüchtlinge eingerichtet wird. Der Prozess ist nicht zu Ende

X. Ängste und Vorbehalte

Machen wir uns nichts vor. Es ist nicht rechtsradikal, wenn Menschen Angst haben oder skeptisch sind. Frauen fürchten um ihre Sicherheit, Hausbesitzer fürchten um den Wert ihrer Immobilie, Schulen haben Angst, ihren Bildungsauftrag nicht erfüllen zu können, sozial Schwache schauen mit Unverständnis auf manche Gratifikation, alleinstehende Männer werden als Gefahr gesehen, Unausgebildete als Schmarotzer, bei ungesteuerter Zuwanderung erscheinen Zwangseinweisungen oder Beschlagnahme von Wohnraum nicht mehr ausgeschlossen usw. Die vielen Vorurteile, die dabei mitschwingen, muss man zurückweisen. Was man aber zu Recht erwarten kann, ist eine Politik, die auch über die unmittelbare Notbewältigung hinaus eine Perspektive eröffnet, an der man sich ausrichten kann.

XI. Strukturell übergeordnete Erfordernisse :

- A) Natürlich bleibt es eine aktuelle Hauptaufgabe der Großmächte, den Bürgerkrieg in Syrien möglichst schnell zu beenden und nach einer tragfähigen Lösung des zerfallenden Machtgefüges im Nahen Osten zu suchen.. Die Schwierigkeit dieses Unternehmens haben Sie in der letzten Woche gesehen, als die russische Regierung begonnen hat, in Syrien militärisch zu intervenieren. Die Hilflosigkeit deutscher Diplomatie war dem Gesicht des deutschen Außenministers in Teheran und Riad anzusehen.
- B) Die deutsche und europäische Afrika- Politik muss sich darauf konzentrieren, in den afrikanischen Ländern eine Entwicklungsstruktur aufzubauen, die es den korrupten Eliten nicht ermöglicht, sich daran zu bereichern, sondern den Menschen eine Bildung- und Arbeitsperspektive in Afrika verschafft (z. B. außerbetriebliche Ausbildung u. ä.)
Sonst geschieht genau das, was der spätere NDR- Intendant Martin Neuffer, der einst hier in Marienwerder lebte, prognostiziert hat: dass eine wirklich Völkerwanderung von Afrika nach Europa einsetzt. („Die Erde wächst nicht mit“ München 1982)
- C) Deutschland braucht dringend ein Einwanderungsgesetz, damit endlich Deutschland selbst entscheiden kann, wen es unter eigenen Interessen einwandern lassen will. Das muss unbeschadet der Asylgarantie bei staatlicher Verfolgung geschehen.
- D) Es bedarf einer europäischen Entwicklungspolitik, damit die entwicklungsverzögerten Länder in Europa selbst(Balkan) mit den europäischen Geldern auch tatsächlich Strukturreformen durchführen und beispielsweise den Sinti und Roma eine wirkliche Lebensperspektive zu geben.

Aktuelle Empfehlungen:

- 1. Sichtbare und verbesserte Koordinierung aller staatlichen Ebenen und der ehrenamtlichen Möglichkeiten unter Einschluss der finanziellen Perspektive, wobei die Grundbedürfnisse (Unterbringung- Wohnung- Spracherwerb- Bildung und Ausbildung- Arbeit und kulturelle Integration zu lösen sind)**
- 2. Entemotionalisierung der Debatte, weil sie die rationale Bearbeitung der Probleme erschwert**
- 3. Präzisere Sprache im politischen und gesellschaftlichen Diskurs (z. B. Zwiespältigkeit und Missverständlichkeit des Begriffs der „Willkommenkultur“ oder des Euphemismus „Wir schaffen das“ oder der voluntaristischen Attitüde „Ich spreche von Mut und nicht von Angst“ usw.,)**
- 4. Betonung der Wertgrundlagen für die Behandlung der Flüchtlingsfrage (Asylpräzisierung, Überschaubare Angebote für Wohnung, Arbeitsintegration, schulische Angebote für Kinder)**
- 5. Aufklärung gegenüber den Flüchtlingen über die Anforderungen und Regelungen in Deutschland unter Einschluss der möglichen Abschiebung.**

Schlussbemerkung:

Als vor 7 Jahren dem internationalen Bankensystem durch betrügerische Spekulationen fast aller Großbanken der westlichen Welt der Kollaps drohte, war es möglich, zur notwendigen Rettung ins Strudeln geratener Banken in Deutschland innerhalb einer Woche mehr als 400 Milliarden Euro durch alle Gremien hindurch zu beschließen. Es war ein Moment der Entblößung der realen Machtverhältnisse.

Angesichts von gegenwärtig 60 Millionen Flüchtlingen auf der Welt und der sichtbaren humanen Katastrophe streiten wir monatelang um einige Millionen.

Wir leben offenbar in einer Welt, in der die Sicherung der großen Geldinstitute und ihrer Interessen effektiver durchgesetzt werden kann als die Grundbedürfnisse von Millionen von Menschen. Der Schutz von Waffenlieferungen ist geregelter als der Schutz von Menschenleben.

Ich halte das für obszön, ohne in billige Kapitalismuskritik zu verfallen.

Solange europäische Länder glauben, sie könnten unabhängig von den Ursachen des Weltelends nationalistisch agieren, entlarvt sich der europäische Wertehorizont als brüchig und als Phrase.

Natürlich wäre es unsinnig, alle Mühseligen und Beladenen dieser Welt nach Europa oder Deutschland zu lassen. Selbst wenn man das machte, käme das Gegenteil von dem heraus, was intendiert wäre. Es wäre ein realdialektischer Prozess.

Aber an der Verbesserung von Bedingungen mitzuarbeiten, die es verhindern, dass Menschen glauben, in anderen Ländern ihr Heil zu suchen, ist eine gemeinsame Aufgabe. Das bedeutet auch, dass man den Menschen aus diesen Ländern abverlangt, für die Verbesserung ihrer Länder zu streiten und nicht nur ihr persönliches und familiäres Heil in der Flucht zu suchen. Wer z. B. hier studieren kann und unsere Hilfe einschließlich von Steuergeldern) dafür in Anspruch nimmt, hat eine Bringeschuld,

seine Kenntnisse zu Hause anzuwenden. Das gilt auch unabhängig davon, ob wir sie in unserer Wirtschaft gebrauchen können.